

# Blickpunkt Europa

## Europapolitisches Magazin

Ausgabe 31 | November 2020



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament

Liebe Leserin, lieber Leser,



mit dieser Ausgabe meines Infomagazins informiere ich wieder über aktuelle Themen und Entwicklungen in der Europäischen Union, die – auch

jenseits von Corona – aus meiner Arbeit als Mitglied der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament interessant oder gar wichtig sind.

Für viele Menschen sind unsere heutige Demokratie und die damit gegebenen Rechte selbstverständlich. Doch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden aktuell vielfach gefährdet. Das gilt nicht nur für problematische Entwicklungen in Ländern wie Ungarn und Polen sondern auch vielfältige Formen von Rassismus, Extremismus und Korruption in vielen Regionen. Daher brauchen wir gerade jetzt viele aktive Demokrat\*innen. Gemeinsam müssen wir einstehen für Meinungsfreiheit, unabhängige Justiz, soziale Rechte. Das gilt auch für den Schutz von Menschen etwa bei der Gestaltung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik.

Neben einem kurzen Text zu „AIDA“, dem Sonderausschuss zur Künstlichen Intelligenz, findet Ihr in dieser Ausgabe einen Bericht zum Stand der Dinge um die Besuchergruppen in diesem und in kommandem Jahr.

Und natürlich gebe ich auch in dieser Ausgabe wieder einen Rückblick auf einige Termine und Gespräche, die ich in den vergangenen Monaten führen konnte.

**Ich wünsche eine spannende Lektüre!**

Herzliche Grüße, Ihre

*Birgit Cappel*

## Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in der EU sichern

Derzeit wird in Europa viel über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte diskutiert. Doch um zu verstehen worum es geht, muss zunächst der Begriff „Rechtsstaatlichkeit“ näher betrachtet werden. Der englische Begriff „rule of law“ scheint deutlich zum Ausdruck zu bringen: Gesetze legen fest, was zulässig ist – und was nicht. Eine Definition, die vor allem von Orbán, Kaczyński und ihren Unterstützer\*innen gerne verwendet wird, und die zu kurz greift: Denn die jeweils passenden ungarischen oder polnischen Gesetze gibt es ja für all das, was vom Europäischen Parlament und der Kommission, vom Europarat, aber auch von vielen Menschen, Richter\*innen und Jurist\*innen des eigenen Landes kritisiert wird.

Die Europäische Union ist eine Vereinigung demokratischer Staaten. Natürlich legen Gesetze fest, was zulässig ist – und was nicht. Doch zugleich haben unsere Gesetze auch die Funktion, Demokratie

und demokratische Spielregeln sowie die Grundrechte aller zu schützen, inklusiver geordneter Verfahren, welche die Rechte von Minderheiten und der Opposition achten und so Demokratie und damit auch Meinungsvielfalt erhalten.

In diesem Kontext kommt der Justiz eine besondere Rolle zu. Zum einen muss sie, unabhängig von Parteien und Regierungen, Gesetze im demokratischen Rechtsstaat anwenden und zum anderen mit Blick auf die Verfassung unabhängig prüfen können, ob neue Vorgaben die Prinzipien der Verfassung, der demokratischen Spielregeln eines Landes und die Rechte seiner Bürger\*innen schützen. Eine besondere Verantwortung haben auch die Medien. Sie sollen frei und kritisch berichten, Fragen stellen, wo nötig den Finger in die Wunde legen. Das ist ein wichtiges Element demokratischer Kontrolle und ein wichtiger Beitrag für eine informierte Öffentlichkeit.



Auf europäischer Ebene gab es im Kontext der Entwicklungen insbesondere der ungarischen und polnischen Regierungen zunächst Versuche, Fehlentwicklungen durch Vertragsverletzungsverfahren zu korrigieren – initiiert durch die EU-Kommission, die als Hüterin der Verträge zuständig ist für die Umsetzung und Anwendung der EU-Verträge und der gemeinsam verabschiedeten Gesetze. Offensichtlich mit wenig Erfolg.

Auch das sogenannte Artikel 7-Verfahren hat sich als wenig wirkungsvoll gezeigt. Waren es zunächst Vertreter\*innen der EVP im Parlament, die dieses Verfahren mit dem Vergleich einer politischen „Atombombe“ diskreditierten und sich so über Jahre einem klaren parlamentarischen Beschluss verweigerten, schaffte es dann der Rat nicht, mit vier Fünfteln der Mitgliedstaaten die Entwicklungen in Polen und Ungarn als problematisch anzuerkennen und Konsequenzen zu ziehen – obgleich dies im Vertrag ausdrücklich vorgesehen ist.

Bei der Debatte um Rechtsstaatlichkeit muss es daher nach Überzeugung des Europäischen Parlaments immer um den

Dreiklang von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten gehen. Den von der Kommission in diesem Jahr erstmals vorgelegten jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit begrüßen wir zwar, er greift aus unserer Sicht jedoch zu kurz, da die Bereiche Demokratie und Grundrechte nicht abgedeckt sind. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen zudem, dass es nicht ausreicht, die Entwicklungen nur in einzelnen Staaten zu betrachten.

Daher fordert das Europäische Parlament schon seit Langem einen umfassenderen Mechanismus zur Evaluierung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in allen EU-Mitgliedstaaten, der in einen jährlichen Überwachungszyklus aller Mitgliedstaaten für alle Aspekte von Artikel 2 des EU-Vertrags mündet, inklusive Empfehlungen mit eindeutigen Zeit- und Zielvorgaben für die Umsetzung. Ein Versäumnis der Umsetzung der Empfehlungen muss zu konkreten Maßnahmen führen, einschließlich der Streichung bzw. Zurückhaltung von EU-Geldern, für die sich wir Sozialdemokrat\*innen im Europäischen Parlament auch in den Verhandlungen zum MFF 2021-2027 einsetzen.

In unserer Forderung nach einem solchen Mechanismus setzen wir uns zudem für die Hinzuziehung von externen Fachleuten – EU-Agenturen, Menschenrechtsinstitutionen, Gleichstellungsstellen, Vereinigungen von Richter\*innen und Anwälten, Verbände von Journalist\*innen, europäische Wohlfahrtsverbände etc. All diese Kompetenzen und Erfahrungen müssen in einem Panel zusammengeführt werden und in alle Phasen des jährlichen Überwachungszyklus miteinfließen.

Die dadurch ermöglichte Debatte könnte weit über die Betrachtung von Regierungen und staatlichem Handeln hinausgehen. In einem kontinuierlichen Prozess könnten am Ende größeres wechselseitiges Wissen und gemeinsame Erkenntnisse entstehen, wie wir – in Vielfalt vereint – unsere Demokratien stärken. Eine breite öffentliche Debatte ist auch eine Chance, die Bedeutung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten wieder deutlicher ins öffentliche Bewusstsein zu rufen. Denn Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sind alles andere als selbstverständlich, sondern unverzichtbare Grundlage – auch für andere drängende Zukunftsfragen.

## AIDA – Sonderausschuss zur Künstlichen Intelligenz nimmt seine Arbeit auf

Der Begriff „AIDA“ mag bei so manchen Assoziationen mit Kreuzfahrten hervorrufen - im EU-Parlament steht er hingegen seit Sommer dieses Jahres für den Sonderausschuss Künstliche Intelligenz



(auf englisch: „Special Committee on Artificial Intelligence in a Digital Age“). Für die SPD-Europaabgeordneten wurde ich als Vollmitglied nominiert und anschließend als eine der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

Künstliche Intelligenz ist ein Thema, das in immer mehr Lebensbereichen an Bedeutung gewinnt. Es bietet auf der einen Seite viel Potential, etwa im Hinblick auf die intelligente Steuerung von Verkehr in Städten und Ballungsgebieten, aber auch viele Risiken, zum Beispiel für den Schutz des Einzelnen vor Ausspähen oder Diskriminierung, etwa, wenn ein Algorithmus eine Person fälschlich für nicht kreditwürdig einstuft.

Der Sonderausschuss Künstliche Intelligenz soll nicht die legislative Arbeit der Ausschüsse, wie etwa des Innenausschusses für alle Datenschutz-relevanten Themen, ersetzen. Stattdessen hat er 12 Monate

Zeit, um einen Bericht über die künftigen Auswirkungen der künstlichen Intelligenz im digitalen Zeitalter auf die Wirtschaft in der EU, Beschäftigung, Finanztechnologie, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Tourismus, Landwirtschaft, Umwelt, Verteidigung, Industrie, Energie und E-Government zu erarbeiten. Diese Analyse soll dann den zuständigen Ausschüssen zugeleitet werden.

Die Fraktion der Sozialdemokraten und Sozialisten im EU-Parlament (S&D-Fraktion) hat dabei als einen Schwerpunkt das Thema Künstliche Intelligenz und Beschäftigung gewählt. Uns ist es wichtig, dass Künstliche Intelligenz den Beschäftigten dient statt nur Profit für wenige zu vermehren. Für mich persönlich ist zudem das Thema Grundrechtsschutz in der Künstlichen Intelligenz besonders wichtig, etwa, wenn es um Gesichtserkennung per Video im öffentlichen Raum geht. Diese lehne ich ganz klar ab.

# Neuer Migrationspakt – Abkehr von Grundrechten?



Flüchtlingscamp Moria 2020

Nach langem Warten hat die Europäische Kommission im September ihre Vorschläge für eine europäische Asylreform präsentiert. Der sogenannte Neue Pakt für Migration und Asyl soll Schwung in seit Jahren festgefahrene Verhandlungen bringen.

Für unsere sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament war vorab klar: eine Reform muss solidarisch und gemeinschaftlich gestaltet werden. Konkret heißt das, das überholte Prinzip der Verantwortlichkeit des Ersteinreisestaats abzulösen. Denn derzeit ist der Mitgliedstaat für die Bearbeitung der Asylanträge zuständig, über den Asylsuchende erstmals einreisen, was einige Mitgliedstaaten unverhältnismäßig belastet.

Eng damit verbunden ist ein gerechter Verteilungsmechanismus, der die überfüllten Lager an den Außengrenzen auflöst. Und nicht zuletzt gilt es, schutzbedürftigen Menschen den Beistand zu bieten, den unsere europäischen Werte und Verträge einfordern.

Leider ziehen die Vorschläge von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen jedoch die falschen Lehren aus der Vergangenheit. Und auch das furchtbare

Feuer, das das Flüchtlingslager Moria vernichtet hat, war kein ausreichendes Warnsignal.

Denn die Vorschläge bewegen sich auf die Mitgliedstaaten zu, die eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik seit Jahren gnadenlos ablehnen und in ihrer Ablehnung sogar europäisches Recht brechen.

Dabei wäre gerade jetzt, wo das Feuer von Moria uns die jahrelangen katastrophalen Bedingungen noch einmal vor Augen geführt hat, handfeste und permanente Unterstützung für Mitgliedstaaten an den Außengrenzen, lokale Bevölkerung und geflüchteten Menschen gefragt.

Die Vorschläge sollen dagegen verpflichtende Vorprüfungen, kurze Grenzverfahren und die daraus resultierende Inhaftierung vieler Asylbewerber in großen geschlossenen Lagern einführen. Das soll offenbar der Abschreckung dienen – in der Hoffnung, dass in Zukunft weniger Menschen ankommen.

Das trifft ganz konkret Menschen, die vor Krieg, politischer Verfolgung und Folter fliehen. Und wer dennoch kommt, muss erfahren, dass – bei aller beschönigenden

Rhetorik – eine fünftägige Vorprüfung eine kaum umkehrbare Entscheidung über das Leben von Menschen trifft. Rechtsstaatliche Prinzipien werden ausgehebelt.

Gleichzeitig wird den Ersteinreisestaaten noch mehr Verantwortung zugeschrieben, während effektive Solidarität, echtes gemeinsames Handeln nur in besonderen Drucksituationen oder Krisen erfolgen sollen.

Und in diesen Fällen kann man sich rechtspopulistisch Solidarität dann auch noch à la carte aussuchen, um sich öffentlich als solidarisch zu präsentieren, ohne die real benötigte Unterstützung für Menschen zu leisten.

Beispielhaft für diesen Ansatz stehen die „Abschiebepatenschaften“, bei denen Mitgliedstaaten die Verantwortung für Abschiebungen übernehmen, die betroffenen Menschen aber in geschlossenen Lagern vor Ort in den Erstantkunftsstaaten bleiben.

Trotz aller Kritik könnte jetzt immerhin Bewegung in die Verhandlungen kommen. Klar ist aber: als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten liegt eine Menge Arbeit vor uns, um den Neuen Pakt menschlich und solidarisch zu gestalten, unsere Werte zu verteidigen. Darauf haben wir uns vorbereitet. Jetzt gilt es, diese Herausforderung entschlossen anzugehen, um ein zweites, drittes oder viertes Moria zu verhindern.

Das ist für uns alle wichtig. Denn wenn wir beim Umgang mit schutzsuchenden Menschen Menschlichkeit und Grundrechte aufgeben – was sind unsere Werte, die uns alle schützen sollen, dann noch wert?

## Besucher im Europäischen Parlament

Aufgrund der weiterhin angespannten Lage in Verbindung mit dem Covid-Virus hatte das Präsidium des Europäischen Parlaments beschlossen, die Möglichkeiten für Besuchergruppen bis Ende des Jahres 2020 einzustellen.

Ob und ggf. unter welchen Bedingungen das Europäische Parlament im Jahr 2021

besucht werden darf, wird in Abhängigkeit von den weiteren Entwicklungen der Pandemie zeitaktuell entschieden.

Vor diesem Hintergrund bietet der Besucherdienst des Europäischen Parlaments daher Gruppen, die nicht auf die Öffnung „der Parlaments-Tore“ warten möchten oder können (z. B. Schulklassen) die Möglichkeit



Europäisches Parlament

eines Online-Vortrages. Bei Interesse und Fragen hierzu steht mein Europabüro gerne zur Verfügung.

# Termine vor Ort in NRW

## In eigener Sache: @Mail

2020 wird bei vielen von uns als das „Coronajahr“ in Erinnerung bleiben – geprägt durch für uns ungewohnte Entwicklungen und die damit verbundene Einschränkungen des sozialen und gesellschaftlichen Lebens. Gleichwohl konnte ich unter Beachtung neuer Verhaltensregeln doch noch viele Termine wahrnehmen und spannende Gespräche führen.

In den Sommermonaten fand auf meine Anregung hin ein Austausch mit einigen Bürgermeistern aus Südwestfalen zur aktuellen Lage in den jeweiligen Kommunen statt. Mit dabei waren Arnsberg, Attendorn, Bad Berleburg, Brilon, Erndtebrück, Halver, Kreuztal und Lüdenscheid. Im Rahmen dieser Gespräche gab es auch Ortstermine. So besichtigte ich mit Bürgermeister Henning Gronau das Bahnhofsumfeld (siehe Bild) und den Ederauen-Park in Erndtebrück. Mit Bürgermeister Michael Brosch informierte ich mich im Rahmen eines Besuches der Firma Escha über den größten Arbeitgeber in Halver.

Ergänzend informierten mich Ende Juni die örtlichen Sozialdemokraten in Brilon über den Stand der Dinge beim Bau der B7n. Die SPD Erwitte bot mir eine willkommene Abwechslung im Rahmen eines gemeinsamen Bummels über den mobilen Freizeitpark in Erwitte.

In Bestwig nahm ich zusammen mit einigen Sozialdemokraten vor Ort am Erlebnistag

der NaturRanger teil. Dabei besichtigten wir die Wasserkraftanlage und konnten viele Projekte der NaturRanger kennenlernen, Informationen über die Zukunftspläne des Vereins erhalten und uns anschließend über unsere Eindrücke bei Bratwurst und Kaffee austauschen.

Ende Juli folgte ich der Einladung des East-West-East-Germany e.V. nach Hagen, um mich dort mit engagierten Jungen Menschen auszutauschen und über die künftige Finanzierung des europäischen Förderprogramms Erasmus+ zu sprechen. Meine S&D-Fraktion setzte sich für eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel sowohl für dieses Programm wie auch für die Erwachsenen- und Berufsausbildung ein.



*Birgit Sippel im Gespräch mit Bürgermeister Henning Gronau*

Aus gegebenem Anlass ist es aktuell bedauerlicherweise auch für mich und politisch interessierte oder engagierte Menschen kaum möglich, uns bei Veranstaltungen oder Feiern persönlich auszutauschen. Kommunikation und Information u. A. über meine Arbeit als Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament erfolgen daher schriftlich wie mit dem Blickpunkt Europa, **vor allem aber über digitale Kanäle.**

Immer wieder wird mir jedoch die Frage gestellt, warum meine Informationen nicht bei allen ankommen. Dafür kann es verschiedene Gründe geben:

- Die entsprechenden **Kontaktdaten fehlen, sind nicht korrekt oder in der MAVIS (Mitglieder-Adressverwaltung) fehlt die Genehmigung**, mir eure Kontaktdaten zur Verfügung zu stellen.
- Bei Versand über parteiinterne Wege/Service-Center fehlt die **Einwilligung zum Empfang von Informationen der Abgeordneten.**

Wer also auf dem Laufenden bleiben möchte, kann seine Daten und Einstellungen beim NRW-ServiceCenter, welches unsere Mitgliedsdaten verwaltet, überprüfen und die entsprechende Einwilligung einreichen.

**Ich würde mich freuen, wenn ich künftig mehr Mitglieder erreichen könnte!**

## Impressum

**Verantwortlich:** Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest  
Telefon: 02921 599 1750 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de  
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

**Redaktion:** Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

**Satz:** ensemble»design, Soest/München

**Fotos:** Birgit Sippel MdEP · © Shutter B – stock.adobe.com  
© jirsak – stock.adobe.com · © mesut – stock.adobe.com  
© pixarno – stock.adobe.com · © Gemeinde Erndtebrück

